NR. 1 APRIL 1987

INFORMATIONSDIENST

INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

VEREINIGUNG FÜR ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Energiewirtschaft

Möglichkeiten und Perspektiven deutsch-deutscher Kooperation

Im Auftrag der AL-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat das IÖW ein Gutachten über die Möglichkeiten alternativer Energiepolitik in der DDR erarbeitet (Bearbeiter: Prof. Martin Jänicke, Dr. Lutz Mez, Dipl.Pol. Jürgen Pöschk, Susanne Schöne, Thomas Schwilling). Darin werden beispielhaft die Voraussetzungen und Perspektiven einer energiewirtschaftlichen Kooperation zwischen West-Berlin und der DDR mit dem Ziel umrissen, eine Verbesserung der Umweltverhältnisse in diesem Zentralbereich Europas zu erreichen.
Die Studie steht jedoch unter dem Vorbehalt einer weitgehenden Änderung der energiepolitischen Rahmenbedingungen in West-Berlin wie auch in der DDR.
Wir dokumentieren im folgenden die Kurzfassung. Das vollständige Gutachten erscheint als Nr. 3 der IÖW-Schriftenreihe und ist ab sofort erhältlich.

1. West-Berlin ist ein Standort mit erheblichen ökonomischen Nachteilen, die mit einem extremen Subventionsaufwand durch die Bundesrepublik überbrückt werden. Zu den ökonomischen treten ökologische Standortnachteile hinzu, gegen die isolierte Maßnahmen wenig bewirken.
Außerdem hat sich eine neue Qualität der Lebensbedrohung entfaltet: Die Gefahr militärischer Grenzüberschreitungen wird heute durch die Realität ökologischer Grenzüberschreitungen in Form von kerntechnischen Katastrophen, großräumigen Smog-Belastungen oder Flußvergiftungen überlagert. Tschernobyl, Sandoz und die extreme Luftverschmutzung in den Wintern 1984/85 und 1986/87 veranschaulichen diesen Wandel der Bedrohungspotentiale.
Damit wird ökologische Sicherheit zu einem vorrangigen Ziel. Im Gegensatz zur militärisch erstrebten Sicherheit (die durch die Anhäufung von industriellen „Selbstzerstörungspotentialen" in Mitteleuropa zunehmend fragwürdiger wird) ist diese nur durch Kooperation zu gewinnen. Die Ost-West-Kooperation erhöht für Mitteleuropa bereits als solche auch die ökonomische Sicherheit. Diese wird insbesondere dann gesteigert, wenn auf technische Innovationen gesetzt wird, die den absehbaren Grenzen einer extensiven Produktionsweise Rechnung tragen. Solche Innovationen werden vor allem im Energiebereich vordringlich. Die Umwandlung begrenzt vorhandener Ressourcen in Schadstoffe ist hier auf allen Produktionsstufen kostenträchtig von der Rohstoffgewinnung bis hin zum Umweltschaden bzw. Umweltschutz. Umweltentlastung durch ressourcenschonende Energietechniken bedeutet somit zugleich Kostenentlastung. Die gezielte Förderung rationeller und alternativer Energietechniken ist zudem eine Entwicklungstendenz auf dem Weltmarkt. Die rechtzeitige Erhöhung von ökologischer Sicherheit durch angepaßtere Energietechniken dient also auch der ökonomischen Absicherung im internationalen Innovationswettbewerb.
2. Wie keine andere Stadt in Europa hat West-Berlin eine standortbedingte Veranlassung, auf Wandlungsprozesse der beschriebenen Art zu setzen. Die Standortnachteile könnten als *Herausforderung und Chance* gesehen werden, *für eine ökologische Modernisierung* in Mitteleuropa *Pionierfunktion zu übernehmen*. Hierzu wäre eine energietechnische Innovationspolitik in der Stadt selbst nötig und auf der Basis von Erkenntnissen der Enquête-Kommission „Zukünftige Energiepolitik" des Abgeordnetenhauses von Berlin möglich. Sie könnte einen Demonstrationseffekt im regionalen Umfeld haben und im Rahmen einer Forschungs- und Entwicklungskooperation mit der DDR Verbreitung finden. In West-Berlin wie auch der DDR ist eine umfassende energetische Rationalisierungsstrategie allerdings nur möglich, wenn die mächtige Elektrizitätswirtschaft institutionellen Reformen unterworfen wird.

Fortsetzung S.4

VÖW – Arbeitstagung

Die diesjährige Arbeitstagung der VÖW findet vom 26. bis 28. Juni in Berlin statt. Im Mittelpunkt stehen wieder die Arbeitsgruppen, von denen sich einige auf der letzten Tagung erfolgreich konstituiert und seither mehrfach getroffen haben.

Es ist vorgesehen, daß die Arbeitsgruppen sich am Samstagnachmittag im Anschluß an die Mitgliederversammlung treffen und ihre Besprechungen am Sonntag fortsetzen.

Genauere Angaben zu den Arbeitsgruppen können einem Rundschreiben, das im Mai allen VÖW-Mitgliedern zugehen wird, sowie der Juni-Ausgabe des Informationsdienstes entnommen werden.

Die Tagung soll diesmal auch Gelegenheit bieten, im Plenum Referaten und Diskussionen zu einem übergreifenden Thema beizuwohnen.

Unter dem Titel „Zerstört die Ökonomie erst den Boden und dann uns?" sollen exemplarisch die gegenwärtigen Wirkungen der Ökonomie auf die Ökologie erarbeitet werden.

Zu einzelnen Referatsthemen bzw. Referenten sei an dieser Stelle nur soviel gesagt:

Geplant sind bis zu vier Referate, die die zu behandelnde Problematik aus unterschiedlichen Sichtweisen (der der Ökonomen, der Ökologen und der Sozialwissenschaftler) beleuchten.

Zum Abschluß der Plenumsrunde soll in einer Podiumsdiskussion der Frage nachgegangen werden, ob sich Bausteine für eine Integration von Ökonomie und Ökologie im Bereich des Bodenschutzes finden lassen.

(Siehe auch S.3)

Energiegutachten – Fortsetzung von S. 1:

3. Die ökologischen Standortnachteile West-Berlins ergeben sich einerseits aus der extensiven Stromnutzung in der DDR auf der Basis von Braunkohle und andererseits aus der *Bedrohung durch die DDR-Kernkraftwerke*. Die fünf DDR-Reaktoren stoßen im Normalbetrieb dreimal mehr radioaktive Komponenten aus als alle Reaktoren in der Bundesrepublik zusammen. Noch Ende 1985 prognostizierten Energiewissenschaftler der DDR für das Jahr 2020 einen Kapazitätsbedarf von 23.000 MW Kernkraft. Nach der Direktive des 11. SED-Parteitags im Frühjahr 1986 soll das AKW Nord bei Greifswald auf über 3.000 MW erweitert werden. Bis 1991 sollte zusätzlich das Kernkraftwerk Stendal in Betrieb genommen werden. Zwei Blöcke zu je 1.000 MW sind hier geplant. Das AKW Stendal ist für West-Berlin deshalb besonders bedrohlich, weil es knapp 80 km Luftlinie von der Stadtgrenze entfernt in der Hauptwindrichtung liegt. Käme es dort zu einem Super-GAU, wäre die Lebensfähigkeit der Stadt ernsthaft in Frage gestellt. Die Unmöglichkeit einer kurzfristigen Evakuierung großer Teile der Bevölkerung in westliche Richtungen ist dabei ein besonders delikates Problem.

Tschernobyl hat in der DDR eine neue Nachdenklichkeit in Bezug auf die Atomkraft ausgelöst. Für Horst Sindermann ist die Kerntechnik zu teuer, Erich Honecker hält Kernkraft nicht für das letzte Wort. Als eines der wasserärmsten Länder hat die DDR ohnehin objektive Grenzen, die notwendigen Kühlwassermengen für Atomkraftwerke bereitzustellen. Die Lieferung westlicher Kerntechnik löst diese Probleme nicht und sowjetische Druckwasserreaktoren werden durch den Einbau weiterer Sicherheitskomponenten nicht risikolos, sondern nur noch teurer.

Die Kernkraft-Lobby in der DDR hat also einen schwereren Stand bekommen und steht unter Diskussionszwang. Insoweit bietet die Tatsache eine Chance, daß im neuen Fünfjahrplan das AKW Stendal nicht mehr erwähnt und der Bau offensichtlich verzögert wird. Auch für das AKW Nord wurde nach Tschernobyl der Ausbau offenbar verlangsamt.

Statt dessen setzt die DDR-Regierung – wie schon seit 1980 – verstärkt auf Braunkohle. Dies ist als Übergangslösung dann eine sinnvolle Option, wenn die Braunkohlekraftwerke modernisiert und mit modernen Rauchgasreinigungsanlagen für Schwefeldioxid, Staub und Stickoxide ausgestattet werden. Diese entsorgenden Umweltschutzmaßnahmen sind – um langfristige ökologische Entlastungseffekte zu erzielen – durch eine konsequente Strategie der Primärenergieeinsparung zu ergänzen. Die energetische Rationalisierung, auf die die DDR seit 1980 verstärkt setzt, entspricht dem zwar grundsätzlich, aber die heute bereits vorhandenen technischen Möglichkeiten werden keineswegs ausgeschöpft.

4. Gerade in der DDR bietet die Energiequelle der Energieeinsparung Möglichkeiten wie in keinem anderen Industrieland:

- Trotz einer geringeren Wirtschaftsleistung ist der Pro-Kopf-Energieverbrauch der DDR mehr als doppelt so hoch wie in West-Europa oder in Japan.
- Obwohl der Primärenergieverbrauch in vielen westlichen Ländern seit 1973 stagnierte oder gar zurückging (in Dänemark in 10 Jahren um 15 %), steigt er in der DDR noch an.
- Auch der Stromverbrauch liegt in der DDR weit höher als in Ländern mit vergleichbarer Wirtschaftsleistung (s. Tabelle 1).

Tabelle 1:
Durchschnittliches Stromaufkommen pro Kopf in ausgewählten Industriestaaten 1985

Land	kWh
Kanada	14.629
Schweden	14.327
USA*	9.626
Schweiz	6.487
Bundesrepublik	6.026
DDR	5.550
Belgien	5.028
Dänemark	5.018
UdSSR	5.009
Österreich	4.983
Bulgarien	4.700
CSSR	4.625
Großbritannien	4.487
Niederlande*	4.248
Italien	3.107
Ungarn	2.984
Polen	2.956
Spanien	2.466
Griechenland	2.466

* 1984
Basis: Außenhandelsbereinigte Netto-Stromerzeugung

Quelle: United Nations (ECE): Annual Bulletin of Electric Energy Statistics for Europe 1985, New York 1986

5. Die Energiequelle der Einsparung ist auch billiger als die der zusätzlichen Energiebereitstellung. Auch hier weist die DDR ein international ungewöhnlich hohes Kosteneinsparpotential auf:

- Die Energiewirtschaft verschlingt 27,5 % aller Industrieinvestitionen, obwohl sie nur einen Anteil von 5,4 % am gesamten Bruttoprodukt der Industrie hat.
- Die Rückflußdauer der Industrieinvestitionen beträgt nach DDR-Angaben 3,2 Jahre, die der Energiewirtschaft hingegen 16,8 Jahre. Investitionen in die Energieeinsparung jedoch haben eine durchschnittliche Rückflußdauer von nur 2 Jahren.
- Unterschiedliche DDR-Quellen geben die Kostenvorteile der Energieeinsparung im Vergleich zur Energiebereitstellung mit 50 bis 80 % an.
- Durch Kraftwerksmodernisierung lassen sich jährlich 6 Mrd. Mark an Brennstoffkosten einsparen.
- Die Energieeinsparung läßt sich auch durch den Verzicht auf die Subventionierung der Haushalts-Strompreise in der DDR fördern – hier betrifft die Einsparung Budgetmittel in der Größenordnung von jährlich einer Mrd. Mark.

6. Umweltentlastung durch eine Strategie der energetischen Rationalisierung ist also nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern auch ökonomisch lohnend. Hier sind folgende Maßnahmen angezeigt:

- bei der Raumwärme (Wärmedämmung, Verbesserung von Heizsystemen, etc.),
- bei der industriellen Prozeßwärme (Modernisierung der 15.000 Industrieöfen),
- der technisch rationelleren Kraft-Wärme-Erzeugung und
- der technisch rationelleren Kraft-Wärme-Nutzung,
- der alternativen Stromerzeugung (Wasser, Wind, Sonne, Biogas).

Das Hauptgutachten befaßt sich nur mit den drei letztgenannten Bereichen der Stromerzeugung und -nutzung. Der Primärenergieverbrauch der DDR insgesamt mußte aus Zeitgründen ausgeklammert werden.

7. Es wurden unter anderem folgende Einspar- und Substitutionspotentiale ermittelt:

- Im Bereich Haushaltsstrom bestehen (ohne Komforteinbußen) Sparmöglichkeiten zwischen 10 und 70 %. Allein durch die schrittweise Einführung effektiverer Haushaltsgeräte kann die DDR bis zum Jahr 2000 rund 1.000 MW Kraftwerksleistung – oder einen Block in Stendal – einsparen.
- Durch bessere elektrische Antriebe in der Industrie lassen sich 2.200 MW an Kraftwerkskapazität einsparen, mehr als die derzeit installierte Atomenergie.
- Eine Umrüstung aller öffentlichen Heizwerke der DDR auf Wärme-Kraft- Kopplung würde Stromerzeugungskapazitäten von 1.600 MW erübrigen.
- Durch bessere Beleuchtungssysteme können, vorsichtig geschätzt, 250 MW eingespart werden.
- Eine ebenso große Kapazitätseinsparung durch bessere Technik ergibt sich allein für die Produktion von Ätznatron, Zement und Elektrostahl.
- Eine Modernisierung der Braunkohlekraftwerke ergäbe jährlich eine Verbrauchsreduzierung von 60 Mio Tonnen Rohbraunkohle.
- Dies würde wiederum allein im Braunkohletagebau Elektrizität von über 800 GWh jährlich einsparen.
- Eine Ausrüstung der Hälfte aller zu erneuernden Kraftwerke mit Kraft- Wärme-Kopplung würde für 10 % aller Wohnungen umweltfreundliche Fernwärme erbringen.
- Der sehr geringe Beitrag der Wasserkraft kann verdoppelt werden.
- Windenergie läßt sich nach dänischem Vorbild im Norden der DDR und vor der Küste in der Ostsee gut nutzen. Solarenergie kann auch in der DDR einen deutlichen Beitrag zur Stromerzeugung liefern. Blockheizkraftwerke bzw. Wärmepumpen auf Biogasbasis bieten vor allem in der Landwirtschaft und in ländlichen Gebieten ein weites Anwendungsfeld.

8. Unter diesen Voraussetzungen ist das von uns

durchgerechnete Szenario 2000 eher vorsichtig, wenn es in einer Variante B immer noch einen Stromverbrauchszuwachs von durchschnittlich 1 % bis 1990 und 1/2 % bis 2000 annimmt. Eine ehrgeizige Variante A sieht eine langfristige Verbrauchsstabilisierung auf dem Niveau von 1985 vor. Jeder zusätzliche Komfort durch Elektrizität wird demgemäß durch technische Nutzung des ungewöhnlich hohen Einsparpotentials erzielt. Unter Berücksichtigung einer veränderten Kraftwerksauslastung als Folge der Modernisierungsmaßnahmen ergibt sich daraus der folgende Kapazitätsbedarf – wir vergleichen diesen mit einer DDR-Prognose vom Dezember 1985 – (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Entwicklung der Kraftwerkskapazitäten in der DDR: Vergleich der Variante B mit der DDR-Prognose 1985

Jahr	Installierte Kraftwerksleistung in MW			
	Variante B		DDR-Prognose	
	Insgesamt	AKW	Insgesamt	AKW
1985	22.759	1.830	22.759	1.830
1990	22.810	2.710	25.600	3.600
2000	22.000	0	32.700	9.600

Quelle: IÖW / Forschungsstelle für Umweltpolitik

Durch höhere Auslastung der Kraftwerke läßt sich mit leicht verringerter Kapazität demnach die Stromerzeugung sogar steigern. Bei einer Umrüstung der öffentlichen Heizwerke auf Wärme-Kraft-Kopplung kann die notwendige Kraftwerkskapazität im Jahre 2000 um 1.600 MW reduziert werden.

Ein Ausstieg aus der Atomenergie im Laufe der 90er Jahre ist gleichzeitig möglich (bis 1990 gelten Vertragsverpflichtungen, die als invariabel angenommen wurden). Die Atomkraft wird in dem Szenario vor allem durch Braunkohlekraftwerke, in zweiter Linie durch Alternativenergien substituiert.

Nach Abschluß eines Modernisierungsprogramms erzeugen die Braunkohlekraftwerke mit einem geringeren Braunkohleeinsatz mehr Strom. Die bestehenden älteren Braunkohlekraftwerke in der DDR haben einen extrem niedrigen Wirkungsgrad, der durch den Bau moderner Anlagen nahezu verdoppelt würde. Die Braunkohleeinsparung durch Kraftwerksmodernisierung macht primärenergieseitig 60 Mio Tonnen Rohbraunkohle jährlich aus. Durch Auskopplung von Fernwärme aus Kraftwerken werden zusätzlich rund 6 Mio Tonnen Braunkohle pro Jahr eingespart. Durch diese beiden Maßnahmen im Umwandlungsbereich ergibt sich allein eine *Braunkohleersparnis von 66 Mio Tonnen jährlich*. Außerdem existieren erhebliche Energieeinsparpotentiale jenseits des Umwandlungssektors.

9. Unter Einbezug entsorgender Umweltschutzmaßnahmen ergibt sich eine starke *Senkung der Emissionen von Kraftwerken und Heizwerken*: *von heute 3 Mio Tonnen SO_2 auf rund 130.000 Tonnen* (mehr als 95 % Reduzierung) und *von mindestens 430.000 Tonnen NO_x auf etwa 64.000 Tonnen* (fast 85 % Reduzierung). Durch den verringerten Primärenergieverbrauch außerhalb des Umwandlungsbereichs kommt es dort ebenfalls zu erheblichen Umweltentlastungen.

10. Die Obergrenzen der *Investitionskosten* lassen sich anhand westdeutscher Angaben ermitteln. In der Bundesrepublik würde die (in der DDR notwendige) Entschwefelung von 15.000 MW Braunkohlekraftwerken rund 6 Mrd. DM Investitionskosten verursachen, wobei wir wegen der Kostenvorteile dem Kalk-Wasch-Verfahren den Vorzug geben. Die Entstickung würde entsprechend Investitionskosten von 2,3 bis 3 Mrd. DM verursachen.

Ein entsorgender Umweltschutz in diesem Sinne wäre innerhalb von etwa 3 Jahren zu verwirklichen. Er würde jedoch nur etwa 50 % der gesamten Schwefeldioxid- und Stickoxidemissionen der DDR betreffen. Die weiterreichende Umweltentlastung durch eine Strategie der energetischen Rationalisierung ist somit – bei dem gegebenen Emissionsniveau – unerläßlich. Die Reduzierung des Braunkohleverbrauchs der Kraftwerke um jährlich 60 Mio Tonnen (s.o.) auf dem Wege der Modernisierung veralteter Anlagen würde nach westlichen Maßstäben insgesamt 18 Mrd. DM – verteilt auf 10 Jahre – kosten. Daraus ergeben sich jährliche Investitionskosten von:
2,2 Mrd. DM für Entschwefelung und Entstikkung, 1,8 Mrd. DM für Modernisierung der Braunkohlekraftwerke.
Umgerechnet auf DDR-Kostenstrukturen dürften diese Beträge niedriger liegen, zumal die DDR rund 70 % der Bauleistung bei den Rauchgasreinigungsanlagen selbst liefern und als Eigenanteil einbringen kann. Der Rest könnte aus der Bundesrepublik bzw. aus West-Berlin geliefert werden.

11. Vergleicht man die Größenordnungen dieser Investitionen mit dem Kostensenkungspotential einer Strategie der energetischen Rationalisierung (s.o.), so ergibt sich – bei allen methodischen Vorbehalten en détail –, daß die DDR eine umfassende ökologische Modernisierung im Energiebereich sehr wohl selbst finanzieren könnte. Mögliche Umschichtungen vorhandener Investitions- und Subventionsmittel sowie die Einsparung von Brennstoffkosten stehen dabei im Vordergrund.

12. Das Hauptproblem der DDR könnte in der Vorfinanzierung der entsprechenden Investitionsmittel liegen. *Unabhängig von der Finanzlage der DDR haben die Bundesrepublik und* West-Berlin aber ein Eigeninteresse an Finanzhilfen (auch in der Form von Krediten) *an die DDR:* Die unerläßlichen Umweltschutzinvestitionen zumindest würden dadurch rascher vorgenommen (Anstoßeffekt). Die eigenen Umweltschadenskosten würden reduziert (Vermeidungseffekt). Im REA-Anlagenbau blieben Arbeitsplätze über das Jahr 1988 hinaus erhalten, wenn der entsprechende Investitionsboom in der BRD selbst drastisch abflaut (Arbeitsplatzeffekt). Die defizitäre Handelsbilanz zwischen West-Berlin und der DDR könnte ausgeglichen bzw. strukturell verbessert werden.

13. Die BEWAG will in den nächsten Jahren 2,5 Mrd. DM in den Umweltschutz investieren, um die SO_2-Emissionen der Berliner Kraftwerke von heute 46.000 auf 12.000 Tonnen (1993) zu senken. Bei NO_x soll der Ausstoß in diesem Zeitraum von 32.000 auf knapp 7.000 Tonnen vermindert werden. Allein durch die Investitionszulage nach Berlinförderungsgesetz werden diese Investitionen mit rund 650 Mio DM Steuergeldern bezuschußt. Mit 2,5 Mrd. DM könnten die Braunkohlekraftwerke Boxberg und Jänschwalde, die jährlich zusammen rund 800.000 Tonnen SO_2 ausstoßen, mit Rauchgasreinigungsanlagen versehen werden. Danach würden diese Kraftwerke nur noch 40.000 Tonnen SO_2 pro Jahr ausstoßen. Vergleicht man den jeweiligen *Umweltentlastungseffekt bezogen auf die Investitionssumme*, so ist der Nutzen *in der DDR um ein Vielfaches größer* als hier.

14. Wir halten alle Konzepte für illusorisch, die auf umfassende „schlüsselfertige" Anlagenverkäufe an die DDR setzen. Bei der Umwelttechnik kann höchstens mit einem etwa 50 %igen Lieferanteil gerechnet werden. Da die DDR kein Entwicklungsland ist, sondern in der Wirtschaftsleistung pro Kopf noch über dem Niveau etwa von Italien oder Großbritannien rangiert, sind zudem „kostenlose" Kooperationsangebote – wie von der Bundesregierung kürzlich ins Gespräch gebracht – nicht angezeigt. Wir empfehlen hingegen *Kooperationsstrategien jenseits der* bekannten *Devisenproblematik* in Ländern des RGW-Bereichs. Der Standort West-Berlin eignet sich zudem nicht sonderlich als Exportzentrum für umwelttechnische Industrieanlagen. Dafür ist er als Zentrum der Forschung, Entwicklung, Planung, Information und Qualifizierung im Bereich der ökologisch angepaßteren, ressourcenschonenden Energietechniken bestens geeignet. Die kooperative Initiierung und Absicherung technologischer Innovationen in diesem Bereich sollte im Vordergrund stehen. Joint ventures bieten sich ebenso an wie etwa eine gemeinsam betriebene Datenbank „Rationelle Energietechnik", ferner Mustermessen, Symposien und Kongresse zur Verallgemeinerung vor Ort zur Anwendungsreife gebrachter Neuentwicklungen.

15. Zu den Neuerungen gehören nicht zuletzt *institutionelle Innovationen* im Energiesektor, von der Neubestimmung der Aufgaben der Elektrizitäts- und Energieversorgungsunternehmen bis hin zur Tarif- und Subventionsstruktur. In West-Berlin wie in der DDR steht die verbreitete Kenntnis über vorhandene Energieeinsparpo-

tentiale in deutlichem Gegensatz zu den Realitäten der Stromwirtschaft, deren Interessen- wie Machtlage eine ungebrochen angebotsorientierte, extensive und innovationsarme Entwicklung in diesem zentralen Energiebereich begünstigt.
16. Für Berlin sind hierzu bereits 1983 umfassende Vorschläge im Rahmen der Enquête-Kommission „Zukünftige Energiepolitik" des Berliner Abgeordnetenhauses entwickelt worden, deren Umsetzung noch aussteht.

Über ein weiteres Gutachten im Auftrag der AL-Fraktion werden wir in der kommenden Ausgabe des Informationsdienstes berichten. Es geht darin um die Entwicklung und Bewertung eines alternativen Abfallkonzepts für West-Berlin unter besonderer Berücksichtigung von Abfallvermeidungsmöglichkeiten. Die vollständige Studie wird ebenfalls in der IÖW-Schriftenreihe veröffentlicht und kann ab Mitte April bei uns bestellt werden.

Wer kann beim IÖW mitarbeiten?

Wir überraschen niemanden mit der Mitteilung, daß wir die wissenschaftlichen Mitarbeiter/innenstellen beim IÖW möglichst kompetent besetzen wollen.
Weil mit der zunehmenden Aquisition von Projekten und Gutachten diese Aufgabe selbst auch an Umfang zunimmt, auf der anderen Seite wir das IÖW zunächst mit einer kleinen Geschäftsstelle und nicht über eine ganze Reihe direkt Arbeit suchender Wissenschaftler/innen begonnen haben aufzubauen, ist die Konsolidierung unserer Einstellungspolitik überfällig.
Mit dem Umzug in die neuen Büroräume beginnen wir daher mit der Entwicklung eines Qualifikationspools, d.h. wir speichern systematisch die spezifischen Qualifikationen, Berufssituationen usw. von allen denjenigen, die für wissenschaftliche Mitarbeit im IÖW-Rahmen in Frage kommen.
Wer nicht nur kurzfristig, sondern auch auf mittlere Sicht Interesse an Arbeit im IÖW-Rahmen hat, sollte uns also schreiben:
– wissenschaftlicher Werdegang unter dem besonderen Gesichtspunkt, für welche Forschungsgegenstände eine ausweisbare Kompetenz vorhanden ist;
– augenblicklich spezifische Arbeits- und Interessengebiete; berufliche Situation und (auch räumliche) Veränderungsmöglichkeiten.
Diese Aufforderung gilt selbstverständlich für Mitglieder wie Nichtmitglieder der VÖW. Bei künftigen Stellenvergaben werden wir entsprechende Bewerbungen im Rahmen von informellen Stellenausschreibungen berücksichtigen.

Sozialverträgliche Arbeitszeitgestaltung

Im Rahmen des Programms „Sozialverträgliche Technikgestaltung" hat das nordrhein-westfälische Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales die Förderung eines Forschungsprojekts über Chancen und Bedingungen einer arbeitnehmerorientierten individualisierten Arbeitszeitorganisation angekündigt. Die ungekürzte Bezeichnung des unter Federführung von Helmut Wiesenthal entwickelten Vorhabens lautet: „Marktrationale Rahmenbedingungen und innovative Organisationsformen einer sozialverträglichen Arbeitszeitgestaltung beim Einsatz neuer Technologien".

In der Kurzbeschreibung des Projekts heißt es: Mit zunehmender Verbreitung von mikroelektronischen IuK-Techniken tendieren marktrationale Strategien der Arbeitskraftnutzung (1) zur Entkoppelung von Arbeits- und Betriebszeiten, (2) zur „Entstetigung" der Arbeitszeiten und (3) zur Differenzierung der Arbeitszeitdauer unterschiedlicher Arbeitnehmergruppen. In der Folge dieser arbeitszeitlichen Optimierung steigen (4) die Anforderungen an das Anpassungsvermögen der Arbeitnehmer/innen, während gleichzeitig (5) die gesamte volkswirtschaftlich wirksame Arbeitsnachfrage der Betriebe abnimmt. Als Gegenstrategien, die geeignet sein könnten, die paradoxen und fatalen Konsequenzen des technologischen und organisatorischen Wandels aufzufangen, werden in gesellschaftlichen Diskussionen die Arbeitszeitverkürzung und Formen einer „flexiblen" Arbeitszeitverteilung genannt.
In diesem Kontext soll das Projekt Möglichkeiten einer sozialverträglichen Arbeitszeitgestaltung erkunden, die zwar auch einem Flexibilitätsbedarf der Betriebe Rechnung zu tragen haben, aber durch verbesserte Realisierungsbedingungen für die lebensweltlich strukturierten und erwerbsbiographisch wechselnden Arbeitszeitpräferenzen der Beschäftigten positive Wirkungen auf das Beschäftigungsniveau ermöglichen. Individuelle Arbeitszeitpräferenzen können u.U. Voraussetzung sein für (6) die Entwicklung einer widerspruchsfähigen Verhandlungsposition der Arbeitnehmer in der Kompromißfindung über betriebliche Arbeitspläne. Mit deren Orientierung an außerbetrieblichen Zeitstrukturen kann (7) unter zu prüfenden Bedingungen eine Ausweitung der betrieblichen Arbeitsnachfrage angeregt werden. – Im Rahmen der Forschungsarbeit wird die Signifikanz der Trendprognosen zum Problemhintergrund (Tendenzen 1-5) geprüft und der zur Einführung sozialverträglicher Arbeitszeitmuster (entsprechend Hypothesen 6 und 7) notwendige Innovationsbedarf auf betrieblicher, tarifvertraglicher und staatlicher Ebene spezifiziert werden. Während der erste Teil Gegenstand von Sekundäranlaysen des vorliegenden Datenmaterials sein wird, sind zur Untersuchung von Innovationschancen und Regelungsbedarf umfangreiche Interviews mit den Akteuren aller drei Ebenen geplant.
Helmut Wiesenthal, Bielefeld

IÖW-Publikationen

- Reinhard Pfriem (Hg.)
  Ökologische Unternehmenspolitik
  Campus, 28,- (inkl. Zustellungsgebühr)
- Abschätzung der Folgen eines Ausstiegs aus der Kernenergie
  (Gutachten im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums)
  ca. 300 S., 45,- bzw. 28,-
- Umweltentlastung durch wirtschaftlichen Strukturwandel
  (Materialien zur IÖW-Tagung)
  35 S., 10,-
- IÖW-Schriftenreihe
  - Nr. 1 „Auswege aus dem industriellen Wachstumsdilemma", 140 S., 15,-
  - Nr. 2 „Umweltentlastung durch wirtschaftlichen Strukturwandel" (Dokumentation der IÖW-Tagung vom Nov. '86), ca. 200 S., ca. 20,- (erscheint im April)
  - Nr. 3 „Möglichkeiten der energiewirtschaftlichen Kooperation zwischen West-Berlin und der DDR" (Gutachten im Auftrag der AL-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus)
    ca. 120 S., ca. 15,-
  - Nr. 4 „Entwicklung und Bewertung eines alternativen Abfallkonzepts für West-Berlin" (Arbeitstitel), ca. 100 S., ca. 13,-
    (erscheint Mitte April)
  - Nr. 5 Nicholas Georgescu-Rögen: „The Entropy and the Economic Process in Retrospect" (1986)
    (eigene Übersetzung ins Deutsche, erscheint voraussichtlich Anfang Mai)

VÖW-Jahrestagung

Berlin, 26.-28. Juni 1987

- Plenum: „Zerstört die Ökonomie erst den Boden – und dann uns?
- Mitgliederversammlung
- Arbeitsgruppen

Fachhochschule
für Wirtschaft
Badensche Straße 50/51
Berlin-Schöneberg

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.